

Für eine Volksabstimmung arbeiten und darüber hinaus planen

In den nächsten Monaten ist es die zentrale Aufgabe aller Kritiker des Neoliberalismus für eine Volksabstimmung über den geplanten EU-Vertrag zu arbeiten.

Erstens, weil die (nicht so genannte) EU-Verfassung tatsächlich eine **programmatische Zusammenfassung** des europäischen Neoliberalismus ist.

Zweitens, weil die deutliche Mehrheit der ÖsterreicherInnen das will.

Allerdings wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der EU-Vertrag europaweit ratifiziert werden. Die Neoliberalen meinen es ernst! Auch eine eventuelle Ablehnung durch die Volksabstimmung in Irland wird kein anderes Ergebnis bringen als einen EU-Vertrag mit (irischen) Ausnahmeregelungen.

Das ist kein Grund in unseren Anstrengungen nachzulassen. Die momentan eher „instinktive“ Unzufriedenheit der BürgerInnen mit dem neoliberalen EU-Projekt liefert uns eine hervorragende Gelegenheit **fundierte Kritik** zu üben.

Aber wir haben jeden Grund über den Ratifizierungsprozess **hinaus zu planen**.

Machen wir ein Gedankenexperiment. Nehmen wir einmal an, die Zivilgesellschaft und ihre NGOs handeln die **nächsten zehn Jahre** weiter so wie bisher.

Dann sind die NGOs und andere parteiartige Gruppen vielleicht doppelt so stark wie jetzt.

Vielleicht haben wir dann Demonstrationen mit nicht nur hunderttausenden sondern einer Million an Teilnehmern. Trotzdem sind wir auch **dann noch die sichere Minderheit!**

Wir sind vor allem die sichere Minderheit im politischen Entscheidungsprozess, der letztlich ein **parlamentarischer Prozess** ist. Die EU-Gremien sind nur eine Sonderform der repräsentativen Demokratie.

Natürlich werden die Neoliberalen bei wachsendem Widerstand **taktische Zugeständnisse** und **taktische Rückzüge** machen. In der **Hauptsache**, unter dem Strich, alles in allem wird der neoliberale Vormarsch weitergehen. Denn durch die sogenannten **vier Grundfreiheiten als Existenzgrundlage** der EU ist das Übergewicht der Stärkeren (Vermögende und Konzerne) **festgeschrieben**.

Solange in den Parlamenten neoliberal **dominierte** Parteien die Mehrheit haben, wird eine **andere Politik** blockiert oder entscheidend verwässert. **Wer besitzt der befiehlt** - so geht es in der Realität des Kapitalismus zu. In der parlamentarischen Republik setzt man seine Interessen nicht durch das Ausschalten des Widerstandes, sondern durch sein **Überstimmen** durch.

Ohne entsprechende parlamentarische Entscheidungen wird es unter dem Strich keine Umverteilung geben.

Ohne entsprechende parlamentarische Entscheidungen wird die ökologische Sanierung in erster Linie auf Kosten der breiten Bevölkerung gehen.

Ohne entsprechende parlamentarische Entscheidungen wird der Ausbau der Demokratie nicht stattfinden.

Ohne entsprechende parlamentarische Entscheidungen wird keine aktive europäische Friedenspolitik entwickelt werden.

Außerparlamentarische Aktionen werden manche neoliberale Projekte zu Fall bringen. Das werden vor allem **defensive Ergebnisse** sein: keine weitere Verschlechterung. Die **positive Umgestaltung**, der Aufbau einer besseren, gerechteren Welt bedarf auch in den kommenden Jahrzehnten **letztlich** parlamentarischer Entscheidungen. Denn das ist das **Grundprinzip** der repräsentativen Demokratie, der parlamentarischen Republik.

Auf die Zivilgesellschaft vertrauen bedeutet auch aus ihrer Mitte heraus eine **Vertretung im Parlament** zu entwickeln.

Außerdem brauchen wir eine **qualitative** Verbesserung unseres Auftretens um eine entscheidende **quantitative** Vermehrung unterstützender Anhänger zu erreichen.

Wenn man uns **wählen** kann, wird sowohl die Motivation für eine Mitarbeit steigen, als auch für jene die nicht mitarbeiten können (oder wollen) eine Möglichkeit geschaffen uns (mit dem Stimmzettel) zu unterstützen. So wie man NGOs finanziell unterstützen kann ohne mitzuarbeiten kann man uns dann auch mit dem Stimmzettel unterstützen.

Es geht nun nicht darum, schnell eine Partei zu gründen. Das wäre nur eine Organisation mehr in dem großen Haufen von Organisationen.

Vielmehr geht es darum, die vielen (überwiegend) kleinen Organisationen so zu bündeln, dass eine große Organisation (chancenreich) zur **Wahl** antreten kann. Das bedeutet eine **Wahlgemeinschaft** ohne die eigene Struktur aufzugeben. Eigene Strukturen sind dann sogar ein Element der Stärke, denn sie ermöglichen **spezielle** Verbindungen in der Zivilgesellschaft und sind mit **speziellen** Fähigkeiten, Kenntnissen verbunden. Eine Partei **kann** später einmal entstehen- als Ergebnis organischen Zusammenwachsens und gerechtfertigt durch den Wahlerfolg. Weder die Wahlgemeinschaft noch (vielleicht später) eine Partei darf in der Gestalt einer Partei des gewohnten Typs daherkommen. Wir haben neue Formen der **lebenden inneren Demokratie** zu entwickeln.

Wenn man die unzähligen Publikationen gegen die schädlichen Folgen des Neoliberalismus durchliest, bemerkt man schon heute überraschend große Übereinstimmung in den Hauptfragen. Was die Ausgestaltung des sozialen Staates, den ökologischen Umbau, die Verbreiterung der Demokratie und die Entwicklung einer aktiven Friedenspolitik betrifft, sind wir in der Zivilgesellschaft bereits in hohem Maß **paktfähig**.

Als ein Beispiel für die inhaltliche Paktfähigkeit seien hier die (ausgezeichneten) Artikel in der GUERNICA 5/2007 von Boris Lechthaler (Seite 2) und Gerald Oberansmayr (Seite 6,7) angeführt.

Ein anderes Beispiel ist die Geschichte der STEUERINITIATIVE im ÖGB. Vor rund acht Jahren schrieb ich dort im Grundsatzpapier dass „unter den Bedingungen der parlamentarischen Demokratie eine Volksabstimmung die politisch beste Vorgangsweise ist, die Übermacht des Neoliberalismus aufzuhalten und eine Trendwende herbeizuführen“.

Jahrelang wusste (zum Beispiel) ATTAC mit dieser Erkenntnis wenig anzufangen. Heute schlägt man auch dort in dem Plan für eine verfassungsgebende Versammlung eine Volksabstimmung vor. Und auch ATTAC ist im Kreis der Organisationen der „VOLXABSTIMMUNG“.

Ist es da verwunderlich, dass ich Mitglied bei ATTAC bin, die STEUERINI. at unterstütze, der WERKSTATT FRIEDEN & SOLIDARITÄT ein wenig spende und selbst eine politische Homepage betreibe? So wie mir geht es vielen Menschen in der Zivilgesellschaft.

Wir sind bereits in hohem Maß paktfähig!

Die **gemeinsame** Kritik an dem neoliberalen Reformvertrag und Tätigkeit für eine Volksabstimmung sind wahrlich **Gelegenheit** und **Rahmen** für einen ernsthaften Versuch, eine Wahlgemeinschaft aufzubauen.

Die **Klammer** für unsere gemeinsame Arbeit ist jetzt die Forderung nach Volksabstimmung. Sie darf durch nichts geschwächt werden. Aber unser gemeinsames Ziel (dahinter), einen Erfolg gegen den Neoliberalismus zu erringen, braucht **auch dringend eine Klammer** nach dem Ende des Ratifizierungsprozesses.

Wer glaubt, dass wir keine Wahlgemeinschaft der Zivilgesellschaft brauchen, muss sich der Frage stellen, wie wir dann den Neoliberalismus besiegen wollen? Wer glaubt, dass wir diese historische Gelegenheit nicht zum Aufbau einer Vertretung im Parlament nutzen sollen, der muss sich der Frage stellen, welche historische Gelegenheit ist dann dazu geeignet?

Lernen wir von dem deutschen Beispiel ohne es einfach nur zu kopieren. Die Zivilgesellschaft muss die historische Gelegenheit des EU-Reformvertrages nutzen- so wie sie vor Jahrzehnten Zwentendorf genutzt hat. Schaffen wir eine neue Qualität der politischen Handlungsmöglichkeit ohne die Vielfalt der Strukturen aufzugeben!

Wien, 17.01.08

Hans Kohlmaier(www.umverteilung.at)